

Aachener Friedenspreis 2013

Laudatio für die Preisträger



Von Dorothea Schäfer

Es ist in der Welt kein Frieden. Überall brennt es.

Während ich diese Laudatio schreibe, steht ein militärisches Eingreifen der USA in Syrien bevor, hat es wenige Tage vorher dort einen Giftgasanschlag mit zahlreichen Toten gegeben. Es brennt in Ägypten, in der Türkei, und an vielen anderen Orten unserer Welt.

— In Deutschland leben wir seit 68 Jahren ohne Krieg im eigenen Land – aber nicht ohne Gewalt. Gewalt gegen Asylbewerber in Berlin und anderswo, Gewalt gegen Menschen, die sich zu ihrer Homosexualität bekennen, Gewalt gegen Menschen anderer Hautfarbe, Gewalt gegen Andersdenkende.

Und: Deutschland ist an Kriegen in anderen Ländern beteiligt. Gerade zieht die Bundeswehr nach einer langen Einsatzzeit von mehr als einem Jahrzehnt Tonnen von Kriegsgerät und ihre Soldaten aus Afghanistan zurück. 2014 soll das letzte Jahr für die Internationale Schutztruppe Isaf sein.

— Um so bedeutsamer ist das Engagement der Schulen, die heute mit dem Aachener Friedenspreis 2013 geehrt werden.

Das Robert-Blum-Gymnasium in Berlin, die Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach und die Internationale Schule in Dohuk in der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak.

Die beiden Schulen aus Deutschland haben sich als erste mit Konferenzbeschlüssen gegen Auftritte der Bundeswehr im Unterricht gewandt. Auf den ersten Blick verwundert es vielleicht, dass eine Entscheidung „Schule ohne Bundeswehr“ oder „Schule ohne Militär“ zu sein so bedeutend ist, dass dafür in diesem Jahr der Aachener Friedenspreis vergeben wird. Nach der Bekanntgabe Anfang Mai hat es überall heftige Reaktionen gegeben. Von politischer Instrumentalisierung war die Rede, von einer Verunglimpfung der Bundeswehr, die in der Verfassung verankert sei usw. Diese Reaktionen zeigen, wie sensibel die Diskussion um die Rolle der Bundeswehr in der Schule ist und wie ungemein wichtig, dass Schulen sich mit dem Thema Friedenserziehung intensiv auseinandersetzen.

Vorgesehen war die Preisverleihung auch an die Hulda-Pankok-Gesamtschule in Düsseldorf. Die Schulleiterin, die bei dem Beschluss 2010 noch nicht im Amt war und dessen rechtmäßiges Zustandekommen sie bestreitet, hat auf dem Hintergrund einer inzwischen veränderten Kooperationsvereinbarung zwischen Schulministerium NRW und Wehrbereichskommando II der Bundeswehr die Annahme des Preises abgelehnt. Wir haben das als GEW sehr bedauert. Wir haben auch Eltern und Kolleginnen und Kollegen beraten, die den Preis sehr gern angenommen hätten. Letztlich ist es aber bei der Entscheidung der Schulleiterin geblieben. Schade. Das politische Engagement der Schülerinnen und Schüler, die damals den Anstoß für die Entscheidung der Schulkonferenz gegeben haben, wäre Grund genug den Preis anzunehmen, auch wenn die Schule inzwischen

eine andere Schulleiterin und eine anders zusammen gesetzte Schulkonferenz hat.

Eine Bitte einer der anderen Schulen möchte ich hier wiederholen: Die öffentliche Auseinandersetzung um „Schule ohne Bundeswehr“ sollte auf wertschätzende Art geführt werden. Und das Ziel einer gewaltfreien Erziehung muss im Mittelpunkt stehen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) unterstützt die Position der heute zu ehrenden Schulen. In seinem Aufruf zum Antikriegstag 2013 hat der DGB unter der Überschrift „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ unter anderem formuliert:

Nie wieder Krieg heißt für uns: Es darf keinen neuen Militarismus geben. Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee und dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform verpflichtet. Daran darf sich nichts ändern. Sie hat im Innern – mit Ausnahme humanitärer Katastrophenhilfe – nichts zu suchen. Wir fordern die Bundeswehr auf, ihre Werbung in Schulen sofort zu beenden.

Nun darf die Bundeswehr in Schulen gar nicht werben. Für die politische Bildung in der Schule gilt das Überwältigungsverbot und das Prinzip der Kontroversität. Das bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler nicht in eine bestimmte Richtung gedrängt werden dürfen, weder durch einseitige Information noch durch Werbeveranstaltungen. Aber auch wenn es in der neuen Kooperationsvereinbarung in NRW heißt: „Jugendoffiziere der Bundeswehr können, wie auch Vertreterinnen und Vertreter anderer Institutionen sowie Organisationen der Friedensbewegung, im Rahmen von schulischen Veranstaltungen Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen Instrumente der Politik und die Aufgabenstellung der Bundeswehr informieren.“ kann natürlich von Chancengleichheit zwischen Bundeswehr und Friedensgruppen nicht die Rede sein.

Die Bundeswehr hat seit dem Ende der Wehrpflicht den Werbeetat für die Nachwuchsarbeit auf 30 Millionen Euro erhöht. Auftritte von Jugendoffizieren in Schulen zeigen, dass – wie vor ein paar Tagen in meiner Lokalzeitung ausführlich berichtet – zwar ausführlich dargelegt wird, dass man in den Bundeswehr-Unis prima studieren könne, dort lerne Flughäfen zu bauen, Kasernen einzurichten oder Menschen zu führen, dass aber keine Rede ist von Tod und Trauma, nicht berichtet wird über Kameraden, die in Afghanistan ums Leben kamen oder immer noch am Hindukusch sind.

Diese Kooperationsvereinbarungen zwischen Kultusministerien und der Bundeswehr gibt es nicht in allen Bundesländern, und es hat sie auch früher nicht gegeben. Sicher sollen sie den Weg der Bundeswehr in die Schulen erleichtern. In der Vereinbarung in NRW vom August 2012 heißt es am Schluss: „Die Beteiligten sind sich bewusst, dass die Schulen in eigener Zuständigkeit über die Ausgestaltung der Umsetzung der Vereinbarung entscheiden.“ Daher sind Schulkonferenz-Beschlüsse, die eine Umsetzung der Vereinbarung ablehnen, legitim und hilfreich für die Positionierung einer Schule als „Schule ohne Bundeswehr“.

Die Beschlüsse des Robert-Blum-Gymnasiums Berlin und der Käthe-Kollwitz-Schule Offenbach zeigen einen Weg, der beispielhaft für andere Schulen sein sollte und in den vergangenen Jahren auch schon geworden ist. Schule ist ein Raum, in dem Kinder und Jugendliche die Fähigkeit zur friedlichen Konfliktlösung lernen. Lehrerinnen und Lehrer sind Fachleute für das Lernen. Für eine umfassende politische Bildung, die natürlich auch Fragen der Sicherheitspolitik umfasst, brauchen wir in den Schulen keine Vertreter der Bundeswehr. Die Schule ist kein Ort für die Rekrutierung von Berufssoldatinnen und –soldaten. Mit der Entscheidung der Schulen, keine Vertreter der Bundeswehr in die Schule einzuladen, wird deutlich signalisiert, dass trotz des Werbeverbots und der Beachtung des Beutelsbacher Konsenses wenig Vertrauen in das Auftreten von Jugendoffizieren gesteckt wird. Die Verleihung des Aachener Friedenspreises soll diesen Schulen Mut machen, auf dem Weg weiterzugehen und sich durch Vorwürfe von außen nicht irritieren zu lassen.

Ich komme zur Ehrung der dritten Preisträgerschule, der Internationalen Schule in Dohuk.

Der Gründer dieser Schule ist der chaldäische Bischof Rabban Al-Qas. Er hat den Völkermordfeldzug des irakischen Baath-Regimes unter Saddam Hussein in den Jahren 1988 und 1989, die Bombardierung seines Dorfes und die Ermordungen von mehr als 180.000 Kurden selbst miterlebt. Er gründete 1991 eine lokale Organisation, die maßgeblich am Wiederaufbau der Dörfer und Kirchen in seiner Heimatregion beteiligt ist. Rabban Al-Qas hat eine Vision vom friedlichen Zusammenleben der Ethnien und Religionen. In diesem Geist hat er diese moderne, richtungsweisende Schule aufgebaut. Mädchen und Jungen lernen gemeinsam. Die ethnische oder religiöse Herkunft der Kinder und Jugendlichen spielt keine Rolle. Es gilt das Prinzip der Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Geschlechter. Insbesondere werden die Mädchen gestärkt, um eine andere Rolle in der Gesellschaft spielen zu können. Die Trennung zwischen Politik und Religion ist wichtig. Daher wird in der Schule kein Religionsunterricht erteilt. Das ist Aufgabe der jeweiligen Religionsgemeinschaft.

Im Jahr 2004 sind die ersten Schüler und Schülerinnen in der Schule aufgenommen worden. Dieser erste Jahrgang hat 2011 die Schule mit der Hochschulreife abgeschlossen. Friedenserziehung spielt eine wichtige Rolle und wird in der Schule konsequent umgesetzt. Kinder und Jugendliche, die Gewalt erfahren oder hautnah miterlebt haben, lernen im täglichen Unterricht, dass unabhängig von der ethnischen, der religiösen oder der sozialen Herkunft Freundschaften die Grundlage für ein gelingendes Miteinander sind. Sie lernen, dass Unterschiedlichkeit für das Leben nicht hinderlich, sondern förderlich ist. Sie lernen, dass Konflikte auch ohne Gewalt gelöst werden können. Sie lernen, dass Mädchen dieselben Rechte haben wie Jungen. Sie sind die Hoffnung der neuen Generation.

Der Traum, den Martin Luther King vor genau 50 Jahren, am 28. August 1963 in Washington in seiner berühmten Rede „I have a dream“ beschrieben hat, scheint in dieser Schule Wirklichkeit geworden zu sein.

Diese Schule ist ein Modellprojekt für Frieden, Versöhnung und Verständigung zwischen Volksgruppen und Religionsgemeinschaften und wird zu Recht mit dem Aachener Friedenspreis 2013 ausgezeichnet.

Liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Eltern, liebe Kolleginnen und Kollegen dieser drei Schulen:
Herzlichen Glückwunsch zum Aachener Friedenspreis 2013.

Herzlichen Glückwunsch zu ihrem Engagement für Frieden und Gerechtigkeit.

Sie dürfen stolz auf diese Auszeichnung sein.

Gehen Sie konsequent weiter auf diesem Weg, lassen Sie sich nicht beirren und arbeiten sie miteinander an einer friedlichen Welt.

*Dorothea Schäfer,
Vorsitzende des Landesverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW*

Bitte beachten Sie die Sperrfrist: 1.9.2013, 20 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort